

Berlin, 10. Juli 2006

## **Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Leserinnen und Leser meines Rundbriefs,**

als Staatsministerin habe ich mich persönlich stark dafür engagiert, die brutalen ethnischen Vertreibungen der schwarzafrikanischen Bevölkerung in Darfur vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und den Internationalen Strafgerichtshof zu bringen. Dafür hat die sudanesishe Regierung mich mit einem Einreiseverbot belegt. Trotz stärkerem internationalem Engagement und einer Friedensmission der Afrikanischen Union geht die humanitäre Katastrophe in Darfur jedoch unvermindert weiter. Auch in der Opposition fühle ich mich natürlich dem Thema Darfur weiter verpflichtet und habe am 29. Juni zu einem Fachgespräch unserer Bundestagsfraktion geladen. Ein Bericht über das Fachgespräch und weiterführende links finden Sie/findet Ihr in diesem Rundbrief.

Nur eine verstärkte Öffentlichkeit und internationaler Druck wird zu einer grundlegenden Besserung der Lage in Darfur führen. Ich hoffe deswegen, dass ich hiermit einen Anstoß für Diskussionen und Aktivitäten geben kann. Für Rückfragen, Kritik und Kontakte steht Ihnen/Euch mein Büro jederzeit zur Verfügung.

Mit grünen Grüßen



## **Eine robuste UN-Truppe für Darfur**

### ***Die grüne Bundestagsfraktion lud zum Fachgespräch***

Die humanitäre Situation in der westsudanesischen Provinz Darfur ist trotz Friedensabkommen vom 5. Mai weiterhin dramatisch – die Vereinten Nationen sprechen von der schwersten humanitären Krise weltweit, manche gar von einem "schleichenden" Völkermord. Nur massiver Druck der internationalen Gemeinschaft und eine baldige UN-Truppe können die humanitäre Katastrophe stoppen.

Die AG-Außen der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich am 29. Juni in einem hochaktuellen Fachgespräch mit der Lage in Darfur/Sudan beschäftigt. Seit Beginn bewaffneter Auseinandersetzungen 2003 ist die schwarzafrikanische Bevölkerung Darfurs Opfer schrecklicher ethnischer Säuberungen durch regierungstreue Djanjaweed-Milizen geworden – über 300 000 Menschen starben bisher, über zwei Millionen leben in schlecht geschützten Flüchtlingslagern, die Ernährungslage ist dramatisch und die Kämpfe weiten sich inzwischen auf das Nachbarland Tschad aus.



*Kerstin Müller mit den Referenten Lotte Leicht (Human Rights Watch Brüssel) und Christian Manahl (politischer Berater des EU-Sonderbeauftragten für Sudan)*

Die geladenen Referenten Lotte Leicht, Direktorin des Brüsseler Büros von Human Rights Watch, und Christian Manahl, politischer Berater des EU-Sonderbeauftragten für Sudan, waren sich einig: nur massiver internationaler Druck und eine robuste UN-Truppe können die humanitäre Katastrophe in Darfur und eine weitere Ausbreitung des Konflikts auf die Nachbarländer verhindern.

Einigkeit bestand auch darin, dass das Darfur Friedensabkommen (Darfur Peace Agreement - DPA), das am 5. Mai nach langen Verhandlungen und massivem internationalen Druck von der sudanesischen Regierung und einer der beteiligten Rebellenorganisationen unterzeichnet wurde, gravierende Mängel besitzt. So sind z.B. die Regelungen zur Kompensation der Opfer und zur Entwaffnung der Djanjaweed unzureichend. Nur ein Teil der Rebellenorganisationen hat es daher unterzeichnet. Vor allem aber hat es kaum Akzeptanz in der Bevölkerung. Dennoch ist das DPA zur Zeit die einzig mögliche Basis für eine perspektivische Befriedung des Konflikts. Die übrigen Rebellenorganisationen müssen dazu bewegt werden, ihm beizutreten und durch einen intensiven Dialog mit allen Bevölkerungsgruppen muss versucht werden, die Bevölkerung für das Abkommen zu gewinnen. Der im DPA vorgesehene Darfur-Darfur-Dialog kann dabei eine positive Rolle spielen, droht aber - in seiner bisher vorgesehenen Form - von der Regierung instrumentalisiert zu werden.

Beide Referenten lobten auch das Engagement der Afrikanischen Union (AU) zur Beilegung des Konflikts. Die 7000 Mann starke Friedenstruppe AMIS in Darfur ist die erste Friedensmission der AU und hat gemessen an den Bedingungen viel erreicht. Allerdings ist sie nicht in der Lage gewesen, einen ausreichenden Schutz für die Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Grund dafür ist die – trotz EU- und Nato-Unterstützung –

immer noch mangelnde Ausstattung der Mission und ihr völlig unzureichendes Mandat: sie hat nur Beobachterstatus. Deswegen bittet die AU inzwischen selbst um eine Übernahme ihrer Mission durch eine größere und robustere UN-Mission. Zur Überwachung des Nord-Süd-Friedensabkommens sind die Vereinten Nationen bereits mit der Beobachtermission UNMIS im Land. Bis zur Übernahme von AMIS durch die Vereinten Nationen ist die internationale Gemeinschaft jedoch gefordert, die AU-Mission finanziell und logistisch verstärkt zu unterstützen.

Die sudanesische Regierung lehnt eine UN-Truppe bisher strikt ab und spielt auf Zeit. Die Bundesregierung muss auf diplomatischem Weg nachhaltigen Druck auf Sudan und vor allem seine Schutzmächte Russland und China ausüben, damit sie eine UN-Truppe akzeptiert. Notfalls müssen personenbezogene Sanktionen gegen Mitglieder der sudanesischen Regierung verhängt werden. Auch auf die Rebellengruppen, die das Abkommen nicht unterzeichnet haben muss der Druck aufrechterhalten werden, damit sie dem DPA beitreten.

An dem Fachgespräch nahmen neben Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch Abgeordnete der anderen Fraktionen teil sowie Vertreter des Auswärtigen Amts, NGO-Vertreter und Exilsudanesen. Die grüne Bundestagsfraktion wird in den nächsten Wochen und Monaten das Thema Darfur fraktionsübergreifend im Deutschen Bundestag auf die Tagesordnung bringen und zusammen mit NGOs und sudanesischen Exilorganisationen die deutsche Öffentlichkeit sensibilisieren.

Da Kofi Annan um Unterstützung für eine robuste UN-Mission gebeten hat wird voraussichtlich auch der Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit in naher Zukunft über eine verstärkte deutsche Unterstützung von AMIS und der anstehenden UN-Mission entscheiden müssen. Diesmal geht es für die deutsche Seite sicherlich weniger – wie im Kongo - um die Entsendung von Soldaten, sondern eher um massive logistische Hilfe. Allerdings ist wegen der fehlenden Zustimmung der sudanesischen Regierung der Zeitpunkt bisher unklar. Klar ist dagegen: Anders als im Kongo geht es hier um "schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit", wenn nicht gar um Völkermord. Daher hat die internationale Gemeinschaft die Verantwortung, alles zu tun, um das Morden und die Gewalt zu stoppen – und auch Deutschland wird sich hier nicht raus halten können.

Weiterführende links:

- [Vortrag von Lotte Leicht](#), Direktorin Human Rights Watch Brüssel (Englisch)
- [epd-Meldung](#) zum Pressegespräch von Kerstin Müller und Lotte Leicht
- [Verein Darfur Hilfe e.V.](#)
- [Sudan Tribune](#) - Aktuelle Nachrichten zur Krise in Darfur (Englisch)
- [Aktueller Bericht der International Crisis Group](#) (Englisch)
- [United Nations Mission In Sudan, UNMIS](#) (Englisch)
- [Weblog des UN-Sonderbeauftragten für Sudan, Jan Pronk](#) (Englisch)